



## **Dringliche Interpellation Nr. 119 2004/2008**

Eingang Stadtkanzlei: 16. Januar 2006

### **Hat Stadtpräsident Urs W. Studer das Gedächtnis verloren?**

In der Detailberatung des B+A 37/2005 „Kulturwerkplatz Luzern-Süd“ im Grossen Stadtrat äusserte sich der Stadtpräsident dahingehend, dass das Darlehen über Fr. 13'000'000.– der Stadt Luzern an die Stiftung Luzerner Theater auch über ein Bankdarlehen finanzierbar gewesen wäre. Stadtpräsident Urs W. Studer führte weiter aus: „Es haben konkrete Angebote vorgelegen!“

Die Stiftung Luzerner Theater ist höchst unwirtschaftlich und kann nur überleben, weil sie Subventionen im Betrage von rund Fr. 20'000'000.– durch die öffentliche Hand erhält. Eine solche Stiftung ist aus Sicht der SVP am Finanzmarkt nicht kreditwürdig! Es erstaunte deshalb umso mehr, dass der Stadtpräsident diese Aussage tätigte, dass dieses Darlehen von Fr. 13'000'000.– auch über eine Bank hätte beschafft werden können.

In der Detailbehandlung des genannten B+A 37/2005 stellte der Interpellant Stadtpräsident Urs W. Studer folgende Fragen:

- Welche Banken haben ein Angebot zur Finanzierung dieses Darlehens abgegeben?
- Wie hoch waren die geforderten Zinssätze, Sicherheiten und welche Rückzahlungsmodalitäten wurden von den einzelnen Anbietern gefordert?

Stadtpräsident Urs W. Studer wollte in der Detailberatung des Grossen Stadtrates partout keine Aussage über die Anbieter bzw. den Inhalt der einzelnen Angebote machen. Im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 12. Februar 2006 über den Kulturwerkplatz Süd stellen sich nun für das Volk und die SVP folgende Fragen:

1. Leidet Stadtpräsident Urs W. Studer an Gedächtnisschwund und kann im Besonderen über heikle Details des B+A 37/2005 keine Auskunft mehr geben?
2. Falls Stadtpräsident Urs W. Studer nicht an Gedächtnisschwund leidet, so ist es doch ein Leichtes, Auskunft über die Angebote dieses Darlehens zu geben. Welche Anbieter haben, zu welchen Konditionen (Zins, Sicherheiten, Rückzahlungsmodus usw.), ein Angebot abgegeben? Bei öffentlichen Aufträgen ist es sogar üblich, dass diese im Amts

blatt öffentlich publiziert und die Details bei der Submissionsöffnung interessierten Personen genannt werden.

3. Falls sich der Stadtpräsident weiter weigert, Auskunft über diese Darlehensangebote zu geben, so stellt sich für die SVP-Fraktion folgende Frage: Hat es womöglich überhaupt keine solchen Angebote gegeben? Hat der Stadtpräsident Urs W. Studer dem Grossen Stadtrat von Luzern und auch der Geschäftsprüfungskommission in der Beratung des B+A 37/2005 die Unwahrheit gesagt? Falls dies so wäre, käme dies einer Staatsaffäre gleich!

Yves Holenweger